

didaktische Hilfestellung zum Beispiel in Form systematisierender Kapitelzusammenfassungen wünschen. Auch ein konsequenter Bezug auf die einleitende Systematisierung von Föderalismus hätte den gelegentlich fehlenden roten Faden herstellen können. Ein Lehrbuch ist der Band schon von daher nicht, und auch keine fachwissenschaftliche Arbeit im engeren Sinn; eher ein sehr anschauliches (Nachschlage-) Werk für diejenigen, die mit den groben Zügen der deutschen Föderalismus- und Verfassungsgeschichte bereits vertraut sind und darüber hinaus zu verfassungspolitischen Details und Hintergründen einzelner Epochen nachlesen wollen. Dieser Leserkreis wird zwar das Fehlen von Belegstellen bemängeln, sollte sich aber mit der nach Epochen und einzelnen Themenfeldern eingeteilten kommentierenden Bibliographie als Ersatz anfreunden können.

Ursula Münch

Vergleich Politischer Systeme

Dingeldey, Irene. *Der aktivierende Wohlfahrtsstaat*. Schriften des Zentrums für Sozialpolitik, Band 24. Frankfurt am Main. Campus Verlag 2011. 541 Seiten. 49,00 €.

Das umfangreiche Werk *Irene Dingeldeys* ist als Habilitationsschrift an der Universität Bremen angenommen worden. Es handelt im Kern von den parallelen Umorientierungen der Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Großbritannien und Deutschland seit dem Ende der 1990er Jahre bis circa 2009, die einem Trend entsprechen, welcher in der sozialwissenschaftlichen Literatur unter verschiedenen Namen wie Social Investment State, Aktivierender Sozial-

staat, Enabling State oder Workfare State verhandelt wird. Diese drei vergleichend aufgebauten empirischen Studien sind eingefasst von einem anspruchsvollen theoretischen Teil, welcher den analytischen Referenzrahmen der Studie begründet. Die Verfasserin vertritt die These, dass mit der Entstehung oder zunehmenden Priorität einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik im Rahmen europäischer Wohlfahrtsstaaten ein Paradigmenwechsel der Wohlfahrtsstaatlichkeit stattgefunden habe: Vom fürsorgenden zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat. Diese nicht mehr originelle These wird jedoch dadurch innovativ, dass *Dingeldey* nicht nur die Veränderungen im Leistungsspektrum der Sozialpolitiken, sondern auch die Veränderungen in den Formen der Governance thematisiert und empirisch untersucht: Es geht nicht nur um Veränderungen von „Wohlfahrt“, sondern auch von „Staat“. Und es geht um den Zusammenhang beider, wobei *Dingeldey* die oft vernachlässigte Dimension der Politikwirkungen auf der Ebene der Individuen, also der Adressaten der Leistungen, sowie der von ihnen Ausgeschlossenen thematisiert. Dabei werden nicht nur die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im engeren Sinne, sondern auch die sie flankierenden familien- und steuerpolitischen Maßnahmen thematisiert. Die Arbeit beginnt mit einem kompetenten Überblick über den wissenschaftlichen Diskussionsstand (30-102), auf dem eine eigenständige Begründung des wohlfahrtstaatstheoretischen Ansatzes und des Forschungsdesigns aufbaut (104-191). Es folgen die beiden vergleichend aufgebauten Hauptteile: „Varianten nationaler Policy-Profile und Erwerbsmuster“ (192-347) und „Governance of Politics: Ar-

beitsmarktpolitische Reformprozesse im Ländervergleich“ (348-454), sowie eine Zusammenfassung im Hinblick auf „die verschiedenen Forschungskontexte und die Politik“ (455-470).

Die Arbeit verdeutlicht, wie die von OECD und EU in den 1990er Jahren intonierte Umorientierung sozialpolitischer Prioritäten (357-362) in den drei Ländern unterschiedlich aufgenommen und umgesetzt worden sind: „Im Ergebnis wurde im dänischen Fall ein hohes Maß sozialer Befähigung mit einem hohen Niveau dekommodifizierender Leistungen und einer extrem strikten Regulierung der Arbeitspflicht kombiniert, um eine weitgehend universelle Arbeitsmarktteilhabe zu ‚gewährleisten‘. Dagegen setzte der Ausbau finanzieller Erwerbsanreize in Großbritannien letztlich ein [...] geringes Niveau der Dekommodifizierung voraus. Die von der Aktivierung betroffene Personengruppe war zunächst eng definiert, wurde jedoch ständig erweitert. Entsprechend nahm auch die Implementation der Arbeitspflicht erst allmählich zu, wobei das dänische „Niveau“ noch bei weitem nicht erreicht ist. In Deutschland wurde dagegen einerseits eine „fürsorgende“ Arbeitsmarktpolitik für die Kernarbeiterschaft weitgehend fortgesetzt, wobei ein vergleichsweise hohes Niveau der Dekommodifizierung mit einer durchaus noch guten Beschäftigungsförderung und einer geringen Arbeitspflicht verbunden sind. Andererseits wurden die arbeitsmarktpolitischen „Randgruppen“ auf ein geringes Dekommodifizierungsniveau im Rahmen einer Mindestsicherung verwiesen. Arbeitsmarktintegration erfolgt für diese Gruppen primär über flexible und prekäre Arbeitsverhältnisse. Die Dialektik von Befähigung und Zwang zeigt sich für diese

Gruppen in einer weitgehend residuellen Förderung und einer nur selektiv implementierten Arbeitspflicht.“ (341) *Dingeldey* stellt daher die Entwicklung in Dänemark unter den Titel „Universelle Kommodifizierung durch umfassende Befähigung“ (194) und sieht hierin den Sinn des neuen Paradigmas weitgehend verwirklicht. Die britische Entwicklung wird als „Gesteigerte Arbeitsmarktteilhabe durch ‚Making Work Pay‘“ (238) charakterisiert, wobei der Faktor gesteigerter Qualifikationsanstrengungen ausfällt. Deutschland wird am kritischsten betrachtet, und zwar nicht zuletzt aus der Gender-Perspektive: Es besteht nach wie vor ein dualer Arbeitsmarkt, wobei verheiratete Frauen vor allem Teilzeitbeschäftigungen nachgehen.

Sehr beachtlich ist schließlich Teil IV, in dem die Veränderungen der Governance-Strukturen im Zuge der Arbeitsmarktreformen untersucht werden. Einflussreich sind zunächst die Konstellationen der Veto-Spieler und die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Strategien der Problemlösung. In Großbritannien dominieren unilaterale Regierungsentscheidungen, während gesellschaftliche Kräfte kaum mobilisiert werden; hieraus resultieren die Dominanz einkommenspolitischer Maßnahmen und die Vernachlässigung der sozialen Befähigung. Dänemark ist am erfolgreichsten in der Mobilisierung von Verhandlungsnetzwerken, woraus eine „Co-Governance“ (363) resultiert. In Deutschland führt die Vielzahl der Veto-Akteure zu mangelndem Reformkonsens und zu einer vergleichsweise inkohärenten Politik.

Die Arbeit ist flüssig geschrieben, die Argumentation sehr sorgfältig aufgebaut. Sie orientiert sich wohlfahrtstheoretisch an Gösta Esping-Andersen,

Governance-theoretisch am akteurszentrierten Institutionalismus von Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf. Es werden klare Hypothesen entwickelt und konsequent geprüft. Tabellen und Übersichten erleichtern den Nachvollzug der Argumentation, die gelegentlich etwas redundant wirkt. Ob die Fokussierung auf das von Esping-Andersen eingeführte Begriffspaar „Kommodifizierung-Dekommodifizierung“ (die gelegentlich um „Präkommodifizierung“ ergänzt wird) zu einer gewissen Engführung der Argumentation beiträgt, wäre zu diskutieren. Dekommodifizierung wird definiert als „Befreiung vom Arbeitszwang“ (109); bedeutet Kommodifizierung das Gegenteil, und erschöpft das die strukturierte Variabilität der Erwerbsverhältnisse? Alles in allem eine vorzügliche und lesenswerte Studie.

Franz-Xaver Kaufmann

Hibou, Béatrice. *Anatomie politique de la domination*. Paris. La Découverte 2011. 298 Seiten. 24,00 €.

Worauf beruhen autoritäre und totalitäre Herrschaft? Die zentrale Frage des Werks von *Béatrice Hibou* ist alles andere als neu, die Antwort, die sie entwickelt, ist es durchaus.

Schon in einem früheren Werk (*La force de l'obéissance. Économie politique de la répression en Tunisie*, Paris, La Découverte 2006) hat die Autorin versucht, einen eigenständigen Ansatz der politischen Ökonomie zu entwickeln, der weder dem eher an Marx orientierten Verständnis des Begriff folgt, noch dem entspricht, was im Englischen damit bezeichnet wird und im Deutschen eben einfach Volkswirtschaftslehre genannt wird. Kennzeich-

nend für *Hibous* Denken ist eher eine genaue Foucault-Lektüre, die im vorliegenden Band mit einer eigenen Weber-Interpretation verbunden wird. Die politische Ökonomie wird für sie zu einer Sozial- und Kulturwissenschaft, in der es nicht um die Aufstellung universaler Gesetze und formaler Modelle geht, sondern um eine empirische Wissenschaft, in der Lebensführungen und das Subjektiv-Individuelle ebenso zentral sind wie Interessenkonstellationen und Regierungstechniken.

Ihr Ansatz ist vergleichend, aber auf eine Weise, die die Autorin selbst als „gewagt“ bezeichnet. Denn die Fallauswahl ist alles andere als lehrbuchhaft. *Hibou* hat sich durch eigene empirische Forschung zu Staaten des Maghreb und des subsaharischen Afrika ausgewiesen. Das Material und die Einsichten aus diesen Forschungen liegen auch dem vorliegenden Werk zugrunde, aber erweitert wird diese Grundlage um die Lektüre zur Herrschaft im Nationalsozialismus, in der DDR, in der Sowjetunion und im Portugal Salazars. Auslöser für diese Auswahl ist offenbar das Interesse der Autorin, eine Alternative zu all den „-ismen“ zu entwickeln, die unterschiedliche Formen autoritärer Herrschaft zwar benennen, aber doch die Anatomie derselben oft schuldig bleiben. Der vergleichende Ansatz soll es ermöglichen, ähnliche Bedingungsbeziehungen dieser Herrschaftsensembles zu identifizieren, die als deren Problematiken bezeichnet werden, aber auch die Besonderheiten der Herrschaftspraktiken stärker herauszustellen (11).

Trotz aller Unterschiedlichkeit, so *Hibou*, lassen sich in allen betrachteten Fällen eine Reihe von übergreifenden Phänomenen in der Legitimierung von Herrschaft beobachten. Dies gilt für